



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Protokoll Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Termin: 10. Juli 2019 | 14.00 – 17.00 Uhr
Ort: Staatsministerium Baden-Württemberg, Villa Reitzenstein, Gobelin Saal
Richard-Wagner-Str. 15, 70184 Stuttgart
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage I)
Protokoll: Cindy Hopfensitz (CH)

Protokoll

I. Begrüßung durch den Leiter der Stabstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Ulrich Arndt und Moderatorin Frau Dr. Miriam Freudenberger, Allianz für Beteiligung

Ulrich Arndt begrüßt zusammen mit der Moderatorin Dr. Miriam Freudenberger die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und heißt diese im Namen der Staatsrätin Gisela Erler herzlich willkommen. Er richtet den Anwesenden Grüße von Frau Staatsrätin Erler aus, die es sehr bedauert, bei der Sitzung nicht dabei sein zu können. Ulrich Arndt hebt besonders hervor, dass es eine große Freude ist, dass Prof. Ortwin Renn vom Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam an der heutigen Podiumsdiskussion teilnimmt.

II. Podiumsdiskussion: Aktueller politischer Diskurs – Zivilgesellschaft in Bewegung

Die Moderatorin Dr. Miriam Freudenberger begrüßt die anwesenden Podiumsgäste und stellt diese den Beiratsmitgliedern kurz vor. Anschließend richtet sie das Wort an die Podiumsgäste und fragt diese nach der Rolle der sozialen Medien im Zuge der aktuellen Vorgänge innerhalb der Zivilgesellschaft.

II.I. Perspektive von Prof. Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Transformative Nachhaltigkeitsforschung, Potsdam

Für Prof. Ortwin Renn ist das Neue bezüglich der Merkmale und Organisationformen der sozialen Medien, dass wir die Wirkungen kaum noch aktiv steuern können und stets mit Überraschungen zu rechnen ist. Es zeigt sich aber deutlich, dass viele Menschen ihren Frust über Globalisierung und Digitalisierung als aus ihrer Sicht wenig segensreichen Entwicklungen in den sozialen Medien zum Ausdruck bringen.

Indem Europa die Globalisierung stark vorangetrieben hat, gibt man diesen Ressentiments neue Nahrung und verbindet mental Europa mit Anpassung an die Erfordernisse der Globalisierung. Dadurch werden positive Entwicklungen auf europäischer Ebene verdeckt und Populisten können das Wort ergreifen. Vor allem die einseitige Ausrichtung auf Effizienz, die in vielen europäischen Verlautbarungen zum Vorschein kommt, verdeckt die Sorge der Menschen, dass über die Effizienzgewinne soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vertrautheit als europäische Werte verloren gehen könnten.

Die wichtigen Themen in heutiger Zeit sind „Klimaschutz“ und „Pro Europa“. Mit Blick auf die sozialen Medien hat sich ein Wandel vollzogen. Es gibt, verglichen zu den Jahren zuvor, viel mehr Möglichkeiten – und damit Konkurrenz. Für eine Bewegung reicht eine Person aus – wie Greta aus Schweden – die durch ihre Authentizität und Persönlichkeit den Nerv der Zeit trifft und dadurch überzeugt. Dabei ist es für Wissenschaftler und Politiker schwer herauszufinden, welches das auslösende Medium für die Informationsverbreitung ist.

Heute ist die Internetstrukturierung und -organisation prägend für das eigene Selbstverständnis. Dies können klassische Medien nicht mehr ignorieren. Sie wirken dann als eine Art Verstärkung. Das bedeutet für Prof. Ortwin Renn eine neue Qualität in der Politik. Beim Thema Klimaschutz wird es laut Renn nicht möglich sein, dass alle Bürger zum Gewinner gemacht werden. Diese unangenehme Wahrheit muss von der Politik kommuniziert werden.

II.II. Perspektive von Fridays for future, Sofie Rehberg (13. Klasse) und Miriam Siebeck (8. Klasse)

Sofie Rehberg und Miriam Siebeck erläutern die Organisation von der „Fridays for future“ Bewegung in Deutschland. Dabei wird deutlich, dass viele klassischen Strukturen in den neuen Bewegungen stecken. Die Strukturen reichen bei „Fridays for future“ von einer Ortsgruppe über Delegierte als Sprachrohr der Ortsgruppen bis hin zur Bundesebene.

Für die interne Organisation werden soziale Medien wie u.a. „Slack“, „Whatsapp“, „Instagram“ genutzt. Mit diesen Organisationstools ist es laut Rehberg und Siebeck viel leichter, eine große Reichweite zu erzielen. Der Kern der Bewegung ist es, dass die Freitage zum Streiken, zum miteinander Kämpfen genutzt werden. Mit „Fridays for future“ soll bundesweit das Thema „Klimaschutz“ verstärkt werden. Dafür ist die Bewegung untereinander breit vernetzt und arbeitet mit vielen Gewerkschaften zusammen. Rehberg und Siebeck betonen hinsichtlich des Klimaschutzes, dass es ein Privileg ist, umdenken zu können, was wiederum durch unsere Gesellschaftsstruktur bedingt ist. Die Gruppe wendet sich deshalb auch bewusst an Politikerinnen und Politiker. Als Beispiel führen Rehberg und Siebeck den Vergleich von einer recht teuren Bahnfahrkarte und einem deutlich günstigeren Flugticket an. Zukünftig will „Fridays for future“ überparteilich bleiben, um die Dringlichkeit zu Handeln weiterhin deutlich zu machen. Auf ihrer Agenda stehen wöchentliche Streiks und größere Veranstaltungen wie die Klimastreikwoche in Köln.

II.III. Perspektive von Pulse of Europe, Annette Rueß, Mitglied des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

„Pulse of Europe“ wurde vor circa zweieinhalb Jahren gegründet. Laut Annette Rueß ist eine Veränderung vom Erweckungsmoment der Bewegung durch die Erfahrungen mit dem Brexit sowie mit dem US-Wahlkampf bis heute zu verzeichnen. Wöchentliche Kundgebungen sind auf eine monatliche Straßenpräsenz in Stuttgart reduziert worden. Das Ziel von „Pulse of Europe“ ist es, das Thema „die Zukunft Europas“ präsent zu halten. Nach Rueß muss man sich stets neu erfinden. Dabei helfen andere Formate wie beispielsweise ein Stammtisch. Für die künftige Arbeit wird es notwendig sein, Ziele zu formulieren. Rueß betont, dass „Pulse of Europe“ politischer und konkreter werden muss. Hierbei besteht die Angst, dass sich Mitglieder der Bewegung durch die Positionierung abwenden.

II.IV. Perspektive von Ulrich Arndt, Stabstelle Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Ulrich Arndt weist darauf hin, dass die Straße nach wie vor ein Druckmittel auf die politische Agenda ist und von der Zivilgesellschaft dafür genutzt wird. Klassische Medien wie beispielsweise der Pressespiegel sind für ihn die Medien, die Themen in die Politik speisen. Mit Blick auf die Arbeit der Staatsrätin, weist er auf das in der Verfassung entsprechend geschützte Recht zur Demonstration hin. Hinsichtlich möglicher Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und Politik weist Arndt darauf hin, dass die Zivilgesellschaft die Staatsferne braucht. Nur dann kann sie sich entfalten.

III. Berichte und Austausch

III.I. Evaluationsbericht zur Allianz für Beteiligung, Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung

Wolfgang Klenk berichtet über den Evaluationsbericht zur Allianz für Beteiligung (Zusammenfassung der Evaluation in Anlage II). Das Konstrukt einer Allianz für Beteiligung sowie ihre Arbeit wurde von zwei externen Gutachtern außerhalb Baden-Württembergs – Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Universität des Saarlands, Saarbrücken – evaluiert. Demnach bestätigen beide Gutachten, dass mit einer Allianz für Beteiligung als Intermediär zwischen Zivilgesellschaft und Politik das politische Ziel erreicht wird, die Zivilgesellschaft zu stärken. Ebenso identifizieren sie, dass die Allianz für Beteiligung wesentliche Merkmale guter Beteiligung, wie zum Beispiel Transparenz, Fairness und Zugänglichkeit, selbst erfüllt. Die Form eines Vereins ist laut Evaluation im Vergleich die beste Organisationsform, um die Funktion eines erfolgreichen Intermediär zu erfüllen. Die Arbeit in der Allianz für Beteiligung selbst wird als schnell effektiv, und unterstützend bewertet.

In der anschließenden Diskussion wird auf den Demokratiemonitor 2013/2014 und 2016/2017 der Baden-Württemberg Stiftung hingewiesen (<https://www.bwstiftung.de/buergerbeteiligung-zivilgesellschaft/#c2565>).

III.II. Beteiligungstaler, Hannes Schuster, Allianz für Beteiligung

Das Förderprogramm „Beteiligungstaler. Projektfonds zur Förderung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg“ ermöglicht zivilgesellschaftlichen Gruppen mit und ohne eingetragener Rechtsform die Übernahme von Sachkosten, die bei der Umsetzung eines Beteiligungsprojekts anfallen können. Hannes Schuster weist darauf hin, dass das Programm Teil des Förderbalkens für Kommunen und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg ist. Projekte, die bereits eine Förderung im Förderprogramm „Gut Beraten!“ erhalten, können auch Gelder für den Beteiligungstaler beantragen. Insgesamt stehen 180.000 Euro für Projekte zur Verfügung. Die Voraussetzung für eine Förderung ist, dass es sich um ein Projekt mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung handelt. Der Beteiligungstaler wird aus Mitteln der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung finanziert. Weitere Informationen zum Programm sind auf der Homepage der Allianz für Beteiligung zu finden (<https://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/beteiligungstaler/>)

Im Rahmen der Rückfragen weist Hannes Schuster darauf hin, dass die geförderten Projekte auf der Homepage der Allianz für Beteiligung aufgezeigt werden (<https://allianz-fuer-beteiligung.de/netzwerk/beteiligungsnetzwerk/>).

III.III. Fonds für Beteiligung, Simone Fischer, Allianz für Beteiligung

Simone Fischer stellt das Projekt „Runder Tisch Fonds für Beteiligung“ vor. Bei diesem Projekt geht es darum, dass mit Blick auf Beteiligungsprozesse stets betont wird, dass alle die Möglichkeit haben sollen, sich einzubringen – also auch Menschen mit zum Teil besonderen Bedarfen. Dies können z.B. Menschen mit Behinderung sein, aber auch Personen mit geringem Einkommen. Simone Fischer weist darauf hin, dass die Erfahrung aber zeigt: Menschen können sich nur dann beteiligen, wenn für sie eine "Infrastruktur für Beteiligung" vorhanden ist. Das können für Menschen mit Behinderung z.B. Assistenzkräfte, technisches Zubehör oder spezifische Dienstleistungen sein. Für Menschen mit geringem Einkommen kann dies die Übernahme von Fahrtkosten bedeuten. Darüber hinaus sind weitere Zielgruppen und Bedarfe denkbar. Vor diesem Hintergrund, so erläutert Simone Fischer, ist die Idee entstanden, einen Fonds für Beteiligung zu entwickeln. Dieser Fonds könnte auf der Basis eines breiten Inklusionsverständnisses Menschen mit besonderen Bedarfen Teilhabe an Beteiligungsprozessen ermöglichen.

Im Rahmen des „Runden Tisches Fonds für Beteiligung“ soll deshalb ein Umsetzungskonzept für einen landesweiten "Fonds für Beteiligung" erarbeitet werden. Das Konzept soll nach Möglichkeit übertragbar sein auf kommunale Verhältnisse, aber auch auf Organisationen. Ergänzendes Thema ist außerdem, welche Formate und damit welche Zugänge für Beteiligungsvorhaben gewählt werden müssen, damit sich die betroffenen Menschen besser beteiligen können.

Die Allianz für Beteiligung ist federführend für die Gestaltung, Durchführung und Dokumentation dieses Runden-Tisch-Prozesses und seiner Ergebnisse zuständig. Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Projekts und des Runden Tisches werden aus dem Etat der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung bereitgestellt.

Auf dem anschließenden Marktplatz informieren und tauschen sich die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung über die vorgestellten Projekte aus.

IV. Informationsaustausch zu aktuellen Themen und Projekten der Beiratsmitglieder im Plenum

Hinweise des Forums der Kulturen

- Landesfachtagung für Migrantenorganisationen am 23.11.2019 (<https://www.forum-der-kulturen.de/angebote/memo/>)
- Landesfachtagung am 06.-07.03.2020 zum Thema „Was passiert in Bezug auf die Förderung von Herkunftssprachen/Mehrsprachigkeit in Stuttgarter Migrantenorganisationen? Wie sieht das in anderen Bundesländern aus?“ Bitte wenden Sie sich bei Interesse dabei zu sein und mitzusprechen an das Forum der Kulturen (Email: info@forum-der-kulturen.de)

Hinweis der Landeszentrale für Politische Bildung

- Studie zur kommunalen Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg ist fertig. Weitere Infos finden Sie unter: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/bausteine_materialien/studie_jugendbeteiligung_2018.pdf
- Leitfaden zum Thema Jugendbeteiligung mit dem Schwerpunkt auf Kommunen ist in Arbeit
- Qualitative Studie Kinder- und Jugendbeteiligung: Aus Sicht der Jugendlichen ist in Arbeit

Hinweise der Stabstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

- Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg: Im Herbst fällt im Rahmen eines Festakts mit dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann offiziell der Startschuss für die Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg (ISoG BW). Sie wurde vom Land Baden-Württemberg gemeinsam mit den Förderern Arbeitgeberverband Südwestmetall, Dieter Schwarz Stiftung und Robert Bosch Stiftung als weiterer Teil des DHBW CAS initiiert. Dort erlernen Fachkräfte und leitende Mitarbeiter*innen aus Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft im direkten Austausch miteinander intersektorale Führungskompetenzen. Weitere Informationen dazu finden Sie unter: <https://www.cas.dhbw.de/isog/>
- Der Kanton Aargau und das Bundesland Baden-Württemberg veranstalten am Donnerstag und Freitag, 28. und 29. November 2019, im Neuen Schloss in Stuttgart die mittlerweile fünfte Demokratiekonferenz. Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Herr Landammann Urs Hofmann werden die Konferenz am 28. November 2019 um 11:30 Uhr eröffnen.

Hinweis des Ministeriums für Soziales und Integration:

- Zweiter Fachtag Quartiersentwicklung findet am 24.07.2019 statt. Weitere Informationen finden Sie unter: https://www.quartier2020-bw.de/angebote/vernetzung_information/___Vernetzung-Information.html.

Hinweis der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg

- Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg bietet Fachtage an. Dabei werden gute Voraussetzungen von Kinder- und Jugendbeteiligung gesammelt und diskutiert. Der nächste Fachtag findet am 16.10.2019 statt. Weitere Infos finden Sie unter: <https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/vernetzung/%C2%A7-41a-gemo-jetzt-gemeinsam-gestalten/>.

Hinweis des Landessenorenrats:

- Ab April 2020 wird eine neue Geschäftsführerin in Vollzeit unbefristet gesucht. Die Stellenanzeige wird im Staatsanzeiger veröffentlicht.

Weitere Infos finden Sie unter:

[https://lsw-](https://lsw)

[bw.de/fileadmin/user_upload/Stellenausschreibung_Geschaeftsfuehrung_aktualisiert.pdf](https://lsw-bw.de/fileadmin/user_upload/Stellenausschreibung_Geschaeftsfuehrung_aktualisiert.pdf)

V. Nächste Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Der Termin der nächsten Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung wird noch bekannt gegeben.

Es werden für die nächste Beiratssitzung Themen gesucht. Die Moderatorin, Dr. Miriam Freudenberger, fordert die Beiratsmitglieder ihre Ideen an sie oder an Lisa Weis zu schicken (Miriam.Freudenberger@afb.bwl.de, Lisa.Weis@afb.bwl.de).

Als erster Hinweis erfolgt der Vorschlag, bei der nächsten Sitzung ein „Bürgergenossenschaftsmodell für Daseinsvorsorge“ vorzustellen.